



Landkreisvertreter aus Niedersachsen, Hessen und Bayern haben im Hamelner Kreishaus eine gemeinsame Erklärung zum Südlink unterzeichnet.

Dana

Protest formiert sich am Runden Tisch

Südlink: Landkreisvertreter wollen mehr mitreden und geben „Hamelner Erklärung“ ab

VON CHRISTOPH BOßMEYER

Weserbergland. 17 Bündnispartner haben am Freitagabend die sogenannte „Hamelner Erklärung“ zur geplanten Stromtrasse Südlink unterzeichnet. Sie soll im Januar dem Präsidenten der Bundesnetzagentur übergeben werden. Darin enthalten sind Forderungen an die Behörde, den Antrag des Netzbetreibers Tennet sorgfältig zu prüfen. Dieser hatte am Freitag bekannt gegeben, dass die Unterlagen offiziell an die Bundesnetzagentur übergeben worden sind.

Hamel-Pyrmonts Landrat Tjark Bartels konnte Vertreter zahlreicher vom derzeitigen Vorzugskorridor der Stromtrasse „Mitte-West“ betroffenen Landkreise begrüßen. Im Anschluss an ihre Sitzung präsentierte Bartels die einzelnen

Punkte der Erklärung. Dabei wird die Notwendigkeit der Trasse in Verbindung mit der Bedeutung der Energiewende grundsätzlich nicht in Frage gestellt. Was die Politiker jedoch fordern, ist eine intensive fachliche Beteiligung der Landkreise und Kommunen bei der Erstellung des Trassenverlaufs.

Bartels rügte das bisherige Vorgehen Tennets bei der Auswahl der möglichen Trassenverläufe als „willkürlich“. Es lasse Transparenz und die Grundsätze guter fachlicher Praxis vermissen. Bartels warf die Frage auf, warum Tennet erst nach Auswahl der groben Trassen an die Öffentlichkeit gegangen ist. Mehr Einblick wünschen sich die Landkreisvertreter vor allem in der Frage, nach welchen Kriterien der Netzbetreiber zur Auswahl der großräumigen Korridore ge-

kommen ist. Auch auf beständiges Nachfragen habe man dazu keine Antwort von Tennet bekommen, so der Hameln-Pyrmonts Landrat.

Explizit fordern die Lokalpolitiker in ihrer Erklärung auch die jeweiligen Landesregierungen und die Bundesregierung auf, für eine sorgfältige Überprüfung des Antrags durch die Bundesnetzagentur Sorge zu tragen, und das nicht nur beim Vorzugskorridor „Mitte-West“, sondern bei allen großräumigen Trassenkorridoren, die Tennet in seinen Unterlagen angegeben hat. Alle Varianten müssten mit der gleichen Prüfungstiefe untersucht werden, heißt es in der Erklärung weiter. Auch die Möglichkeiten der Erdverkabelung im Falle von Südlink seien weiter zu erforschen. Neben der Transparenz bei den Auswahlkriterien ver-

langen die Landräte auch, dass die inhaltliche Trennung der Zuständigkeiten zwischen Tennet und der Bundesnetzagentur im gesamten Verfahren gegeben sein muss.

In der Runde konnten auch weitere Landkreise als Unterstützer hinzugewonnen werden. Zusammen sei man einfach schlagkräftiger, sagte Bartels. Nach Einreichung des Antrags, der 98 Bürgervorschläge enthält, beginne nun das Genehmigungsverfahren. Der Trassenkorridor könnte nach Aussage Tennets 2016/2017 feststehen. Um den genauen Verlauf geht es erst danach. Dann soll es auch wieder eine Bürgerbeteiligung geben. Die Vertreter der Landkreise sind skeptisch, was eine erneute Bürgerbeteiligung angeht. Ein Vertreter dazu: „Der Dialogprozess hat schick ausgesehen,

war aber nur eine Kommunikationsstrategie.“ Tennet habe mit der kleinteiligen Planung eher verwirrt als für Aufklärung gesorgt.

Die Erfolgchancen der Erklärung schätzt Bartels als gut ein. In den letzten Monaten habe sich die Wahrnehmung für das Thema verstärkt. Momentan liegen die Hoffnungen auf der Bundesnetzagentur. Auch von einer Klage wollten die Politiker deshalb erst mal nichts mehr wissen. Ganz vom Tisch sei diese aber auch nicht. Zu guter Letzt blieb die Frage, was passiert, wenn die Bundesnetzagentur nach sorgfältiger Prüfung feststellt, dass mit Tennets Verfahren alles in Ordnung gewesen und der Korridor „Mitte-West“ einfach der beste ist. „Wenn alles transparent abgelaufen ist, dann akzeptieren wir das“, sagte Bartels.

LIONS-KALENDER

Macht hoch die 15. Tür

Das 15. Türchen des Lions-Advents-Los-Kalenders, das heute, Montag, geöffnet werden darf, steckt wieder voller Überraschungen.

So gibt es in der Gewinnserie A für die Inhaber der Losnummern 3911 und 2139 jeweils einen **Anlage-Fonds**

im Wert von 250

Euro von der **Volksbank in Schaumburg.**



Zusätzlich spendiert das **Restaurant „Pfeffer & Salz“** fünf **Gutscheine** im Wert von je 50 Euro. Diese erhalten die Losnummern 5397, 5087, 2788, 2135 und 3811.

Zwei Gutscheine für **Dekafondsanteile** im Wert von je 250 Euro stellt die **Sparkasse Schaumburg** in der Gewinnserie B zur Verfügung. Die Gewinner sind die Inhaber der Losnummern 9843 und 7860. Über einen **Gutschein** der **Gärtnerei Engel & Engelke** dürfen sich die Besitzer der Losnummern 8343, 11850, 8117, 7367 und 7999 freuen. Die Präsente haben jeweils einen Wert von 50 Euro. *mab*

AKTUELL

A2-Parkplatz: Toter in Lkw

Landkreis. Ein 44-Jähriger ist gestern gegen 15 Uhr tot in seinem auf dem Autobahnparkplatz Schafstrift, Fahrtrichtung Dortmund, abgestellten Lkw aufgefunden worden. Bisherigen Erkenntnissen der Polizei zufolge hatte ein anderer Lkw-Fahrer den Mann leblos in seinem Führerhaus entdeckt und die Rettungskräfte verständigt. Ein Notarzt konnte nur noch den Tod des Mannes feststellen. Beim derzeitigen Stand der Ermittlungen gibt es keine Hinweise auf Fremdeinwirkung. Die näheren Umstände waren gestern Abend noch unklar, die Ermittlungen dauern an. *red*

Rieseninteresse an Bürgerbegehren

Nach politischem Endlos-Hickhack zu millionenteurer Sanierung des Hallenbads „Badewonne“: 100 kommen zum Infoabend

Meerbeck/Nordsehl. Ein Bürgerbegehren soll das dringend sanierungsbedürftige Nordsehl Hallenbad „Badewonne“ doch noch retten. Über das Prozedere haben am Sonntag Dagmar Kretschmer, Mitglied des Samtgemeinderats, und Carla Eickmann, Mitglied des Fördervereins Badewonne, rund 100 interessierte Bürger informiert. Beim Treffen im Saal der Kirchengemeinde Meerbeck ging es auch um den aktuellen Sachstand. Kretschmer und Eickmann baten außerdem um Ideen und Mithilfe.

Ein Bürgerbegehren sieht Dagmar Kretschmer als unumgänglich an. Der Samtgemeinderat sei nach vielem Hin und Her in der Frage des Weiterbetriebs der Badewonne zu keiner Entscheidung gekommen. Eine Sanierung des Bades dränge aber, und darum steht für Kretschmer fest: „Wir müssen die Entscheidung jetzt den Bürgern übergeben.“ Gleichzeitig wolle man mit den Politikern



Im Saal der Meerbecker Kirchengemeinde diskutierten Badewonnen-Befürworter Aspekte des Bürgerbegehrens und der Badsanierung. *sk*

weiterhin im Dialog bleiben, betonte Eickmann.

Martin Banser, Lehrer an der Grundschule Lauenhagen, wies erneut darauf hin, wie wichtig die Badewonne für kurze und darum preiswerte Wege zum Schwimmunterricht ist, und er

empfahl dringend, das Bürgerbegehren für die Badewonne – deren Sanierung wird nach derzeitiger Schätzung mehr als eine Million Euro kosten – in jeder Weise „abzukoppeln von Investitionen in die Feuerwehr“. Carla Eickmann zeigte

im Folgenden das Prozedere des Bürgerbegehrens auf. Als erster Schritt müsse das Anliegen des Begehrens dem Rat der Samtgemeinde Niedernwöhren formal und exakt formuliert angezeigt werden. Die schlichte Hauptaussage „Wir wollen,

dass das Bad saniert wird“ genüge dabei nicht. Es müsse ein klarer Finanzierungsvorschlag angegeben werden. Eickmann betonte, dass man um einen Kredit nicht herum komme.

Als Träger des Bades käme eine zu gründende kommunale GmbH in Frage, die keine Gewinne mache, in der jedoch aus bestimmten steuerlichen Aspekten Geld hängen bleibe.

Eickmann und Kretschmer betonten, dass sie sich bei der Formulierung des Schreibens juristischen Rat holen werden, damit das Bürgerbegehren nicht schon im Ansatz an formalen Gründen scheitert. Außerdem baten die Frauen um Ideen für das Schreiben.

Ist das Anliegen der Samtgemeinde angezeigt, muss ein Zehntel aller wahlberechtigten Bürger der Samtgemeinde, laut Eickmann 600 bis 700 Personen, per Unterschrift in einer Liste der Durchführung eines Bürgerbegehrens zustimmen. Erst dann komme es zu einem

Wahlsonntag, an dem mit „Ja“ oder „Nein“ über den Inhalt des Bürgerbegehrens abgestimmt wird. Dieses gilt als angenommen, wenn 25 Prozent der Wahlberechtigten dem Begehren zustimmen. An dieses Votum ist der Samtgemeinderat dann in jedem Fall gebunden und muss den Willen der Bürger erfüllen.

Eickmann und Kretschmer denken, dass das Prozedere des Bürgerbegehrens bis Ende Februar abgeschlossen werden kann, also innerhalb jener Frist, in der der Förderverein den Betrieb des Bades aufrechterhalten will. Keineswegs solle es zu einer Schließung des Bades kommen, sagte Eickmann.

Die nächste Zusammenkunft interessierter Bürger ist für Ende Januar geplant. Dann soll das Schreiben an die Samtgemeinde vorliegen. Während der Versammlung haben sich 60 Anwesende gemeldet, die beim Bürgerbegehren mithelfen wollen. *sk*